

Kampfjet

«Natürlich sind Zweifel da»

NZZ am Sonntag: Die Sicherheitspolitische Kommission warnt beim Gripen-Kauf vor grossen Risiken. Ist diese Beschaffung zu verantworten?

Christoph Blocher: Eine solche Beschaffung ist stets mit technischen, finanziellen und politischen Risiken verbunden. Der Bundesrat hat dies darzulegen. Können die Schweden wirklich liefern? Wann ist der Jet fertig entwickelt? Welche Garantien bekommen wir? Und so weiter. Gestützt auf die Botschaft des Bundesrates wird dann zu entscheiden sein, ob die Risiken tragbar sind. Sind diese tragbar, können wir den Gripen kaufen. Wenn nicht, ist eine Alternative zu wählen.

Wie schätzen Sie denn die Situation ein?

Natürlich sind Zweifel da. Das ist auch gut so, denn nun kann offen debattiert werden. Wir müssen die Nerven haben, das Resultat der Verhandlungen abzuwarten. Die Linke ist gegen die Armee, also sind ihre Argumente gegen den Gripen nicht zu beachten. Wer keinen Luftschilder will, kann den Jet nicht auswählen. Wir lassen auch nicht Vegetarier bestimmen, welches Fleisch wir essen sollen.

Ist es nicht vielmehr so, dass die SVP gute Miene zum risikoreichen Spiel macht, weil ihr Bundesrat Ueli Maurer dafür verantwortlich ist?

Nein. Wenn es notwendig ist, tritt die SVP auch gegen eigene Bundesräte an, das haben wir zur Genüge bewiesen. Die SVP-Fraktion hat auch noch keinen Entscheid getroffen. Bis jetzt gibt es keinen Grund, das Verfahren abzubrechen.

Ist es denn besser, mit Schweden zusammenzuarbeiten als mit Frankreich oder Deutschland?

Als kleines, neutrales Land hat Schweden auch seine Vorteile. Dennoch hat der Bundesrat eine grosse Chance vertan. Er hätte die Beschaffung mit anderen strittigen Fragen verknüpfen müssen. Es ist unverständlich.

Christoph Blocher

Der Nationalrat und SVP-Vizepräsident verlangt mehr Antworten, bevor er sich beim Gripen-Kauf entscheidet.



lich, dass die Schweiz mit Deutschland ein Steuerabkommen und einen Luftverkehrs-Staatsvertrag aushandelt, ohne die Jet-Beschaffung mit dem Eurofighter in die Waagschale zu werfen. Der Bundesrat hätte auch schauen müssen, dass die USA mit ihren F/A-18 im Offertverfahren bleiben. Wäre man mit USA oder Deutschland einig geworden, dann wäre wohl im leidigen Banken- und Steuerstreit viel herauszuholen gewesen. International richtig verhandeln heisst immer verknüpfen, verknüpfen, verknüpfen.
Interview: Daniel Friedli



Auf dem Flugplatz Birrfeld (AG) ist auch heute Sonntag ein Gripen zu sehen – wenn auch nur ein Modell. (Birrfeld, 25. August 2012)

Schweiz muss länger auf fertigen Gripen warten

Der neue Kampfjet ist erst 2023 voll einsatzbereit

Die Schweiz und Schweden haben sich auf die Details beim Gripen-Kauf geeinigt. Der neue Jet wird erst 2023 voll operativ sein. Bis dahin wird der Bund wohl alte Flugzeuge mieten.

Daniel Friedli, Sarah Nowotny

Schneller als erwartet haben sich die Schweiz und Schweden geeinigt über Preis, Liefertermin und Ausrüstung von 22 neuen schwedischen Gripen-Kampfjets. Gestern teilte das Verteidigungsdepartement (VBS) mit, es habe mit der schwedischen Regierung ein Abkommen zur Jet-Beschaffung unterzeichnet. Die Details dieser Abmachung werden erst am Dienstag bekanntgegeben. Bundesrat Ueli Maurer versicherte gestern bloss, die Preisgrenze von 3,1 Milliarden Franken werde eingehalten und er könne alle Bedenken, welche die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates diese Woche geäussert hat, entkräften.

Schweden buchstabiert zurück

Die Ankündigung birgt indes bereits neue Überraschungen. Schweden will für seine eigene Luftwaffe nun lediglich 40 bis 60 Flugzeuge beschaffen. Sodann wird der Gripen E laut Verteidigungsministerin Karin Enström erst im Jahr 2023 vollständig entwickelt sein. Dies hat auch für die Schweiz Folgen. Laut mehreren Quellen aus

dem Umfeld der Verhandlungsdelegationen wird sie auf eine Übergangslösung setzen und vorübergehend alte Gripen vom Typ C/D mieten. Von entsprechenden Plänen hatte diese Woche auch die «Basler Zeitung» berichtet. Bundesrat Maurer sagte gestern dazu nur, dies sei weiterhin eine «interessante Option».

Doch nicht nur die erneute Verschiebung des Liefertermins für den Gripen wirft Fragen auf. So kritisiert SP-Nationalrätin und Sicherheitspolitikerin Evi Allemann, Schweden bestelle zu wenige Flugzeuge, als dass es sich für Hersteller Saab lohne, den Gripen auch künftig weiterzuentwickeln. «Ursprünglich sind wir von 80 bis 100 Gripen für Schweden ausgegangen. 40 bis 60 sind definitiv zu wenig», sagt sie.

In Schweden wiederum setzen selbst Befürworter des Gripen ein grosses Fragezeichen hinter die Finanzierung. Die Regierung hat für den neuen Gripen während der nächsten zehn Jahre vorerst rund 300 Millionen Franken gesprochen. Dazu sagt Peter Hultqvist, Präsident der sicherheitspolitischen Kommission: «Das klingt nicht nach viel Geld.» Er befürchtet, dass der neue Jet hohe Kosten mit sich bringen könnte, und will vor einer eventuellen Zustimmung im Parlament wissen, wie sich Entwicklung und Kauf des neuen Jets auf Wirtschaft und Armee auswirken.

Unklarheit herrscht auch darüber, wer für die Entwicklungskosten des Gripen E aufkommen soll. Während

das VBS betont, im Kaufpreis von 3,1 Milliarden Franken seien keine Entwicklungskosten enthalten, verlässt sich Schweden auf die Schweiz. Man habe mit der Schweiz einen Partner gefunden, der – im Rahmen der 3,1 Milliarden Franken – einen Teil der Entwicklungskosten übernehme, sagen schwedische Sicherheitspolitiker.

Auch SVP verlangt Klarheit

Angesichts so vieler offener Fragen droht dem Gripen-Kauf innenpolitisch der Absturz. FDP-Präsident Philipp Müller sagte am Samstag in der NZZ, der Gripen erfülle die Anforderungen nicht und die FDP stehe kurz davor, die Reissleine zu ziehen. Aber auch die eigenen Leute muss Maurer noch überzeugen. So verlangt etwa SVP-Nationalrat Christoph Blocher konkrete Antworten auf die noch offenen Fragen (siehe Interview). Und Nationalrat Jean-François Rime (svp.) sagte gestern: «Die Schweiz braucht einen Flieger, aber ich bin noch nicht sicher, ob es der Gripen sein wird.»

Dennoch wurde der Angriff der FDP auf den Gripen gestern in der SVP harsch kritisiert. Parteichef Toni Brunner sprach von einem «Fehlschuss», der verfrüht und unverständlich sei. Die FDP verabschiedete sich damit aus der sicherheitspolitischen Debatte und helfe den linken Kampfjet-Gegnern. Brunner will nun versuchen, das Geschäft noch zu retten, indem er mit allen bürgerlichen Parteien das Gespräch sucht.

In Kürze

Initiative der Grünen kommt zustande

Die Grüne Partei der Schweiz hat nach eigenen Angaben die notwendigen Unterschriften für ihre eidgenössische Volksinitiative für eine grüne Wirtschaft beisammen. Das Begehren soll Anfang September bei der Bundeskanzlei eingereicht werden. Knapp 135 000 Unterschriften seien gesammelt worden, sagte Co-Parteipräsidentin Adèle Thorens an der Delegiertenversammlung am Samstag in Aarau. 100 000 Unterschriften seien bereits beglaubigt. Die Initiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft» hat zum Ziel, dass der Ressourcenverbrauch radikal gesenkt wird. (sda)

Schweizer sterben bei Absturz im Jura

Beim Absturz eines Privatflugzeuges im französischen Jura sind am Freitag vier Schweizer ums Leben gekommen. Das Flugzeug sei um 18 Uhr rund 85 Kilometer westlich von Basel abgestürzt, sagte ein französischer Behördenvertreter. Zuvor hatte der Pilot offenbar einen Notruf gesendet. Die Wetterverhältnisse waren schwierig mit schlechter Sicht bei starkem Regen. Die Bergungsarbeiten dauerten am Samstagnachmittag an. Auf der Passagierliste standen laut der Staatsanwaltschaft Belfort neben dem 57-jährigen Piloten eine 20-jährige Frau sowie ein 36- und ein 51-jähriger Mann. (sda)

Vermisstes Mädchen tot aufgefunden

Ein als vermisst gemeldetes Mädchen ist am Freitagabend in Genf tot aufgefunden worden. Wie die Genfer Polizei mitteilt, ist die Todesursache noch nicht geklärt. Das zwölfjährige Kind hatte sich am Donnerstag um 19 Uhr von seinen Freundinnen verabschiedet und erklärt, es gehe nach Hause. Dort ist es nie angekommen. (zsz.)

Leiche mit starken Verbrennungen

In einem Naturschutzgebiet in Tuggen (SZ) hat am Samstag ein Passant einen Leiche mit starken Verbrennungen entdeckt. Gemäss Mitteilung der Kantonspolizei Schwyz wurden Untersuchungen zu Identität und Todesursache des Mannes eingeleitet. Ganz in der Nähe der Fundstelle der Leiche war im Juni bereits eine stark verweste männliche Leiche entdeckt worden. (sda)

Gewinnzahlen

Schweizer Lotto

1 3 20 26 30 34 2

Plus-Zahl: 3
Replay-Zahl: 5

Die Gewinne		
Jackpot Plus	Fr.	6 700 000.00
Jackpot	Fr.	3 700 000.00
5+ Plus	Fr.	-
5+	1 à Fr.	115 584.50
5 Plus	5 à Fr.	11 828.35
5	26 à Fr.	6 258.15
4 Plus	320 à Fr.	100.00
4	1 908 à Fr.	50.00
3 Plus	6 014 à Fr.	12.00
3	35 287 à Fr.	6.00
2 Plus	42 415 à Fr.	2.00

Joker

0 8 2 5 6 1

Die Gewinne		
Jackpot	1 à Fr.	200 824.00
5	4 à Fr.	10 000.00
4	22 à Fr.	1000.00
3	194 à Fr.	100.00
2	1842 à Fr.	10.00

Euro-Millions

5 6 12 19 37 3 7

Alle Angaben ohne Gewähr

Bund untersucht Verkauf von Zigaretten an Syrien

Lukas Häuptli

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) untersucht, ob der Zigarettenkonzern Japan Tobacco die Schweizer Sanktionen gegen das syrische Regime verletzt hat. «Wir sind mit der Firma in Kontakt und klären gegenwärtig den Sachverhalt ab», sagt Seco-Sprecherin Antje Baertschi. «Ziel der Abklärungen ist, festzustellen, ob Anhaltspunkte für eine allfällige Verletzung der Verordnung über Massnahmen gegenüber Syrien vorliegen.» Nähere Angaben zur Untersuchung macht sie nicht. Die Schweiz hat am 19. Mai 2011 erste Sanktionen gegen das syrische Regime verhängt; seither hat der Bundesrat die Verordnung mehrmals ausgeweitet.

Japan Tobacco soll am 23. Mai 2011 im grossen Stil Zigaretten aus der Schweiz an das syrische Regime verkauft haben. Das berichtete diese Woche das «Wall Street Journal» («WSJ»), das sich auf konzerninterne Dokumente berief. Gemäss diesen ver-

kaufte Japan Tobacco kurz nach Verhängung der ersten Sanktionen mehrere Millionen Stangen Zigaretten an zwei Firmen aus dem Umfeld des syrischen Staatschefs Bashar al-Asad. Das Regime habe die Zigaretten von Japan Tobacco für 24 Cents pro Päckli gekauft, wesentlich teurer an Dritte weiterverkauft und so einen Gewinn von mehr als 100 Millionen Dollar erzielt, schreibt das «WSJ». Damit habe das Regime den Kampf gegen die Aufständischen mitfinanzieren können. Neben dem Seco untersucht auch die Anti-Betrugs-Behörde der EU den Fall.

Japan Tobacco ist ein japanischer Mischkonzern, der von Genf aus sein Tabakgeschäft betreibt. Im luzernischen Dagmersellen fabriziert er Zigaretten; die bekanntesten Marken sind Camel, Winston und Benson & Hedges. «Wir haben die Sanktionen gegen Syrien nie verletzt», hält eine Konzernsprecherin fest. Zudem habe der Konzern in der Zwischenzeit alle Geschäfte mit Syrien eingestellt.

Verwirrung um SRG-Pläne

In einer Rede von Radio- und Fernseh-Präsident Raymond Loretan stand, Werbung auf Radio DRS müsse man prüfen. Die Passage wurde gestrichen.

Sarah Nowotny

Widersprüchliche Manuskripte des Präsidenten der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) zum Thema Radiowerbung sorgen für Verwirrung. In einer ersten Fassung seiner Rede zum Swiss Radio Day am 23. August schrieb Loretan zum Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Radiosendern Folgendes: «In Zukunft wird es zweifellos schwieriger werden, einen gemeinsamen Boden für die Erarbeitung von Lösungen zum Beispiel (...) bezüglich Radiowerbung zu finden.» Er sei zwar nicht gekommen, um für eine Gebührenerhöhung oder die Einführung von Radiowerbung bei der SRG zu plädieren. «Allerdings wird sich die Auseinandersetzung gerade mit diesem Thema eines Tages lohnen, da alle Radios (...) damit

positive Erfahrungen sammeln konnten.» Der Augenblick ist laut Loretan aber noch nicht gekommen, da sich die SRG mit den Verlegern über die Internet-Werbung einig werden möchte.

Doch diese Version haben die Veranstalter des Radio-Tags inzwischen von ihrer Internetseite entfernt. Stattdessen sagte Loretan vor Publikum nämlich ziemlich genau das Gegenteil: «Ich bin nicht gekommen, um für eine Gebührenerhöhung der SRG zu plädieren. Radiowerbung zur Verbesserung der Finanzierung ist kein Thema, auch wenn ausländische Service-public-Radios damit positive Erfahrungen geltend machen konnten.»

Auf Anfrage sagt Loretan, die zweite Version sei die richtige, Radiowerbung sei kein Thema und er könne sich nicht erklären, woher die erste Version der Rede komme. Tatsache ist, dass die SRG seit Jahren sowohl mit Empfangsgebühren als auch mit Werbung immer mehr verdient. Mit den privaten Verlegern ist die SRG wegen ihrer Pläne für Internet-Werbung im Clinch.

► **Kommentar Seite 21**